DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION

I. Ausgangspunkte

1. Scheitern der EVG im französischen Parlament wurde von manchen als Ende der Integration aufgefaßt. Man verwechselte die Entscheidung, die in e i n e m Parlament e i n e s der beteiligten Staaten über e i n e n bestimmten Integrationsplan nach schwankendem Hin und Her von einer verhältnismäßig geringen Mehrheit gefaßt wurde, mit einer grundsätzlichen Absage der europäischen Völker an die Integration überhaupt.

2. Es zeigte sich bald, wie irrig diese Meinung war: In kürzester Frist einen Ersatz der EVG auf dem Gebiet der militärischen Integration. Fortlaufend grundsätzlich Bekenntniss zur europäischen Integration. Schon in Brüssel selbst durch Mendès-France, dann bei der Neuerrichtung der Westeuropäischen Union usw.

3. In der Tat ist europäische Integration nicht ein Plan dieses oder jenes Staatsmannes, den man verfolgen oder wieder beiseitelegen kann. Sie ist Ausdruck der Lebensnotwendigkeiten Europas unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Europa kann politisch und wirtschaftlich nur leben, wenn es sich einigt. Für Deutschland, wie für alle anderen Staaten ist nicht die Frage, p b sie nationalstaatlich bleiben oder sich integrieren wollen, sondern nur w o h i n sie sich integrieren wollen: in die freie Gemeinschaft einer europäischen Integration oder in eine östliche.

© Politisches Archiv Auswärtiges Amt (Auswärtiges Amt (Berlijn)) inv.nr. B10, Bd.900
http://resources.huygens.knaw.nl/europeseintegratie/doc/S01653

II. Stand der Probleme

Im einzelnen ergibt Bestandaufnahme folgende Tendenzen und Notwendigkeiten.

1. Verstärkung des politischen Rahmens der Integration.

Europa kann erfolgreiche Verhandlungen mit dem Osten nur führen, wenn es als Einheit auftritt. Daran ist besonders Deutschland hinsichtlich Wiedervereinigung interessiert. Die Festigung des politischen Rahmens aber kann nur im Zusammenhang mit der Integration erfolgen. Aus ihr muß die Stärkung der politischen Einigkeit organisch hervorwachsen. Bloß vertragliche Abreden sind zu schwach, diese Einigkeit zu erzeugen. Umgekehrt bedarfet Integration des sich verstärkenden politischen Rahmens.

2. Abstimmung über die großen Wirtschaftsprinzipien ("Horizontale Integration").

Hier ist bekanntlich schon manches geschehen. Wir sind Konvertibilität näher gekommen. Liberalisierung marschiert. Es ist jedoch offensichtlich, daß eine Grenze besteht, über die hinaus man nur in der Form enger Integration gelangen kann. Das gilt insbesondere vom Abbau der Zölle - der Errichtung des europäischen Zollvereins - von dem man so viel gesprochen hat. Hier Fortschritt auf zweierlei Weise möglich:

- Automatischer Abbau der Zölle (Plan Beyen),
- Schaffung von übernationalen Gremien, die elastisch von Fall zu Fall den Zollabbau in irreversibler Weise herbeiführen.

3. Dringend aber auch Probleme spezieller Integration auf Sondergebieten ("Vertikale Integration").

a) Energiewesen:
Natürlich n i c h t ein gemeinsamer Markt für Energieleistungen mit überallegleichen Preisen, wie das irrtümlich

in der Diskussion angenommen worden ist, wenn man von Energie-Pool sprach: Das kommt bei der Kompliziertheit der Sachlage nicht in Frage. Wohl aber z.B. eine gewisse Abstimmung der großen Energiequellen untereinander. Das Bedürfnis hierzu tritt ja jetzt schon in der Montangemeinschaft auf: man kann keine Kohlepolitik machen, ohne Rücksicht auf die Entwicklung der anderen Energiequellen zu nehmen.

b) Verkehrswesen:

Hier sind schon Arbeiten über große europäische Verkehrswege (europäische Autostraßen, elektrifizierte Eisenbahnen und Kanäle) in der dankenswerten Arbeit der Ständigen Verkehrsministerkonferenz vorbereitet. Gedanke liegt nahe, das in feste Formen zu bringen. Besonders geeignet das modernste Gebiet des Verkehrs: Luftfahrt.

c) Produktivitätszentrale:

Wesentliches Bedürfnis der europäischen Wirtschaften, technisch sich zu rationalisieren und in soweit das Niveau der großen Wirtschaftsgebiete wie Amerika zu erreichen. Deshalb schon Produktivitätszentrale bei OEEC, die aber wegen der großen Teilnehmerzahl und der Verschiedenheit der Struktur der Staaten keine wesentlichen Erfolge gehabt hat. Hier also Gedanke naheliegend, in beschränktem Kreise auf dem Boden der Integration die Aufgabe intensiv anzufassen.

d) Hilfsprogramm zur Hebung des Lebensstandards innerhalb der integrierten Staaten, evtl. auch Hilfeleistung an sonstige europäische Staaten (also eine Art europäisches "Punkt 4 - Programm"). Verknüpft mit Fragen des europäischen Kapitalaustausches der Staaten untereinander sehr unbefriedigend.

e) Kulturelle Fragen:

Es liegen Gedanke an einen europäischen Jugendplan und Universität nahe.

4. Vor allem ist jedoch auf dem Gebiet der Sonderintegrationen die Vergemeinschaftung der Forschungs- und industriellen Vorbereitungsarbeit für die friedliche Nutzung der Atomenergie brennend und entscheidend geworden.

Noch vor ein oder zwei Jahren konnte man sich darüber täuschen. Aber die Entwicklung verläuft reißend. In Deutschland beginnt man das erst zu sehen. Man hat die Nutzung der Atomenergie mit der Erfindung der Dampfmaschine verglichen: das wird den Dingen nicht gerecht. Die Erfindung der Atomenergie ist das größte technische Ereignis der Menschheitsgeschichte überhaupt: Prometheus + Erfindung der Dampfmaschine + Erfindung des Pulvers in einem.

An der Bewältigung der Folgerungen, die aus diesem wissenschaftlichen Fortschritt entspringen, entscheidet sich Schicksal der Menschheit und Schicksal Europas. Sehr rasche Entschlüsse nötig: bisher sind alle Voraussagen über Entwicklung von der Entwicklung selbst überholt worden.

Die europäische Integration auf diesem Gebiet unabweisbar, wenn das europäische Festland gegenüber Amerikk Rußland und England industriell nicht völlig in Rückstand kommen soll. Das zu Leistende geht weit über den Rahmen des rein privatwirtschaftlichen oder nationalstaatlich zu Bewältigende hinaus. Die europäische Zusammenarbeit der Sechs ist umso dringender, als im Ostblock eine derartige Zusammenarbeit bereits durch russische Initiative hergestellt wird, in welche insbesondere die deutsche Ostzone einbezogen ist.

Es muß also eine Forschungs- und industrielle Vorbereitungsgesellschaft aufgebautwerden, die wegen der Größenordnung, die weit über die technischen und finanziellen Fähigkeiten der Staaten hinausgehen, von vornherein überstaatliche Gremien vorsieht.

III. Entwicklung

Diese Dinge sind im Laufe der letzten Monate an verschiedenen Stellen erkannt und besprochen worden.

1. Unverbindliche Äusserungen Pinays über politische Verstärkung der Integration (Strauss).

2. Erwägungen über horizontale Integration fortlaufend wohl in allen Staaten der Sechs, vor allem in Holland, wo schon früher Beyen-Plan.

3. Bezüglich vertikaler Integration hat der französische Ministerpräsident schon in Investiturrede: Energie-, und Verkehrswesen als notwendigen Gegenstand der europäischen Zusammenarbeit hervorgehoben und Pinay hat den Hinweis bei den Debatten im Senat wiederholt.

4. Ebenso hat Faure bezüglich Atomenergie in der Investiturrede betont, dass hier eine europäische Zusammenarbeit absolut notwendig sei.

Dies umso ~~Aber~~ bemerkenswert, als Frankreich unter den Festlandsländern in Atomdingen am weistesten ist. Es ist bei weitem nicht so weit wie Amerika und Russland; es ist auch erheblich hinter England zurück, das auf einzelnen Gebieten (Exporte und Isotopen) Amerika übertrifft. Aber es ist der Bundesrepublik sehr überlegen. Wenn die europäischen Festlandsländer nationalstaatlich vorgehen wollten, würde Frankreich grossen Vorsprung haben, insbesondere gegenüber Deutschland. Dass Frankreich Notwendigkeit ~~Atomfragen~~ europäisches Vorgehen betont, zeigt charakteristisch, wie sehr ~~Notwendig~~ dieses gemeinsame Vorgehen, aller Unterrichteten geworden ist.

5. Versuche, aus diesen Tendenzen und Notwendigkeiten eine Synthese herzustellen, in Papieren von Monnet. Ihrem Wesen nach nicht persönliche Einfälle Monnet's, sondern Versuche, das, was von sich aus nach Gestaltung drängt, zusammenzufassen.

Dementsprechend hat sich Spaak in einem Brief an den Bundeskanzler den allgemeinen Gedankengängen Monnet's im wesentlichen angeschlossen.

6. Weitere Gespräche zur Konkretisierung zwischen Niederlanden und Belgien im Gange. Ergebnis liegt noch nicht im Wortlaut vor.

IV. Gespräch Bundeskanzler - Pinay

1. In dieser Entwicklung stellt sich Gespräch Bundeskanzler - Pinay.

2. In ihm ist niedergelegt:

a) grundsätzliche Erkenntnis, dass Zeitpunkt für Fortentwicklung Integration gekommen ist,

b) bereits Konkretisierung der sich daraus ergebenden sachlichen Notwendigkeiten in einzelnen Beziehungen.

3. (Kurze Erläuterung des Kommuniqués).

4. Weiteres Verfahren:

Dinge können natürlich nicht bialteral geregelt und vertieft werden. Dazu Zusammenkunft mit den befreundeten Staaten notwendig bei denen, wie dargelegt, gleich Tendenzen bestehen:

Aussenministerkonferenz am 1. Juni.

2.5.55